




Schluss mit dem einseitigen Wettbewerb auf dem Rücken der Beschäftigten

Schluss mit dem einseitigen Wettbewerb auf dem Rücken der Beschäftigten
Zur Ankündigung des Bundeskartellamts, gegen die Deutsche Post AG ein Missbrauchsverfahren einzuleiten, erklärt der stellvertretende wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Klaus Barthel:
Während das Bundeskartellamt möglicherweise missbräuchlichen Dumpingpreisen der Deutschen Post nachgeht, weigert sich die Bundesnetzagentur seit Jahren, ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, Dumpinglöhne zu verhindern. Lohndumping der Wettbewerber werden erlaubt, Preisdumping der Post AG wird schärfstens kontrolliert: Eine rechtswidrige wirtschaftliche und soziale Schieflage zulasten des fairen Wettbewerbs und Guter Arbeit.
Das Bundeskartellamt ermittelt gegen die Deutsche Post, weil die Preise, die die Post von Großkunden für die Versendung von Briefen verlangt, möglicherweise nicht kostendeckend sind. Es soll geklärt werden, ob hier eine marktbeherrschende Stellung missbraucht wird, um Wettbewerber aus dem Markt zu drängen. Zuvor hat bereits die Bundesnetzagentur die Praxis der Deutschen Post aufgrund von Beschwerden der Wettbewerber überprüft und dabei lediglich den Versand von Rechnungen als Infopost beanstandet.
Während also mögliche Dumpingpreise sogar doppelt von Bundesnetzagentur und jetzt vom Bundeskartellamt überprüft werden, weigert sich die Bundesnetzagentur seit Jahren beharrlich, ihren ebenfalls im Postgesetz festgeschriebenen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, Dumpinglöhne zu verhindern. Lizenzen für die Erbringung von Briefdienstleistungen dürften überhaupt nur erteilt werden, wenn die in der Branche üblichen Löhne nicht erheblich unterschritten werden. Diese Regelung wurde bei der Postreform ins Gesetz aufgenommen, um einen Wettbewerb über Dumpinglöhne zu verhindern.
Tatsächlich hat die Bundesnetzagentur aber bisher noch nie auch nur vollständig ermittelt, wie hoch die Löhne bei Lizenznehmern und insbesondere bei den Subunternehmern sind. Tatsächlich hat sie noch nie deshalb eine einzige Lizenz verweigert, obwohl bereits die nur unvollständigen Daten eindeutig belegen, dass gerade die Wettbewerber der Deutschen Post massiv mit Niedrig- und Dumpinglöhnen arbeiten. Die letzte "Voll"-Erhebung der Bundesnetzagentur aus dem Jahr 2009 hat ergeben, dass der durchschnittliche Stundenlohn bei der Post 12,92 Euro beträgt, bei den Wettbewerbern aber nur 8,64 Euro, in Sachsen sogar nur 6,47 Euro, in Mecklenburg-Vorpommern 7,06 Euro und in Sachsen-Anhalt 7,32 Euro.
Wohlgemerkt: Die Subunternehmer sind dabei noch gar nicht erfasst worden.
Bevor sich die Wettbewerber über "mörderische Preise" der Post beschwerten, die eine kostendeckende Zustellung zum Beispiel von Katalogen nicht mehr zulassen, müssen die "mörderischen Löhne", die keinen kostendeckenden Lebensunterhalt mehr zulassen zum Thema gemacht werden.
Es muss Schluss sein mit einem Wettbewerb, der ausschließlich über Niedriglöhne und damit auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird.
Ein neues Postgesetz mit zusätzlichem Schutz für Lohndrücker brauchen wir nicht. Vielmehr steht die Bundesregierung in der Verantwortung, die Bundesnetzagentur endlich auf ihren gesetzlichen Auftrag zu verpflichten.
Außerdem brauchen wir einen branchenspezifischen Mindestlohn von mindestens 9,80 Euro.
SPD Bundesgeschäftsstelle
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin
Telefon: 030 25991 0
Telefax: 030 28090-507
URL: <http://www.spd.de>  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=513497 width="1" height="1">

Pressekontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

Firmenkontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

(Da unsere Organisationseinheiten auf verschiedene Gebäude verteilt sind, müssen Sie ggf. die genaue Adresse bei der Organisationseinheit erfragen.)
Zukunftsgerecht in Europa
Gerechtigkeit und ein fairer Wettbewerb in einem sozialen Rechtsstaat zeichnen das Zusammenleben in der Europäischen Union aus. Das macht das europäische Sozialstaatsmodell so einzigartig. Es fußt in der europäischen Aufklärung und speist sich aus der europäischen Arbeiterbewegung. Denn im Kern geht es diesem europäischen Sozialstaat immer auch um Teilhabe und Mitbestimmung. Soziale Bürgerrechte, Zugang zu Bildung und gerechte Teilhabe am Wohlstand - dieses Europa ist grundlegend geprägt von der sozialdemokratischen Idee. Diese Grundidee des Sozialstaatsmodells wollen wir im Europa der Zukunft beibehalten. Das ist auch der Grundgedanke der Agenda 2010.....